

- Warum die AfD keine Gesprächspartnerin sein darf -

Thesenpapier der Hochschulgruppe der Kritische Mediziner*innen Freiburg - 27.12.2019

Als Kritische Mediziner*innen und zukünftige Ärzt*innen sehen wir uns in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. Hier kannst du lesen, warum wir nicht geschichtsvergessen sein sollten und nicht mit rechtsradikalen Parteien oder Gruppierungen, wie beispielsweise der AfD, reden, arbeiten oder verhandeln werden.

1. Die AfD ist eine rechtsradikale Partei

Oft wird darum gerungen, wie die AfD nun zu bezeichnen sei: rechtspopulistisch, rechtsradikal, rechtsextrem usw. [1]. Wie die renommierte Amadeu-Antonio-Stiftung halten wir die AfD seit dem offenen Schulterchluss mit gewaltbereiten Neonazis für mindestens rechtsradikal.

Die Stiftung ist nach einem der ersten Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung benannt und setzt sich - unter der Schirmherrschaft des ehemaligen ehemaligen SPD-Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse - seit 1998 für eine Stärkung der Zivilgesellschaft und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ein. Zur AfD schreibt die Stiftung: "Während die AfD lange als rechtspopulistisch galt, sind spätestens seit den Demonstrationen in Chemnitz und dem öffentlichen Schulterchluss zwischen führenden AfD-Funktionär*innen und der rechtsrechtsrechtsextremen Szene Zweifel an

dieser Einordnung gebracht. Der Begriff Rechtspopulismus könnte demnach den Kern dessen, was die AfD mittlerweile ausmacht, verharmlosen. Die einenden Komponenten der AfD, über Landesverbände und innerparteiliche Strömungen hinweg, sind und bleiben ihr Rassismus und ihre Ablehnung der liberalen Demokratie. Diese wesentlichen Klammern sorgen für den Zusammenhalt in der Partei und bilden ihr Fundament.

Die heutige AfD ist als moderne rechtsradikale Partei zu bezeichnen, aufgrund ihrer Feindlichkeit gegenüber liberalen Grundwerten und anhand ihrer immer wieder geäußerten Akzeptanz von Gewalt. Die hier vorgenommene Einordnung bezieht sich auf die Summe der Positionen, die in und von dieser Partei vorgebracht werden. Wer die AfD unterstützt, ist daher nicht zwingend selbst als radikal rechts zu verstehen, mindestens aber als Unterstützer*in einer rechtsradikalen Partei." [2]

Die Rhetorik antidemokratischer rechter Strukturen ist keine Neue: völkisches Gedankengut als Sorge um eine sichere Zukunft zu propagieren und sich selbst in einer vermeintlichen Opferrolle darzustellen, bedient sich dabei nicht zufällig nationalsozialistischer Sprache. So ließ einer der AfD-Abgeordneten im Freiburger Gemeinderat, Dubravko Mandic, 2016 verlauten: "Von der NPD unterscheiden wir uns vornehmlich durch unser bürgerliches Unterstützerumfeld, nicht so sehr durch Inhalte" [3].

Kombiniert wird das rassistische Narrativ mit einem tiefsitzenden

rückwärtsgewandten Geschlechterverständnis. „Hintergrund des Framings ist eine antifeministische Haltung: Gleichstellung, Gleichberechtigung und die gewachsene Anerkennung von verschiedensten Lebensentwürfen werden von Rechtsradikalen immer offensiver angegriffen und diffamiert. Forderungen nach mehr Gleichberechtigung werden ins Lächerliche gezogen und wissenschaftliche Bemühungen als „Gendergaga“ oder „Genderideologie“ verächtlich gemacht. Insbesondere der Begriff der „Genderideologie“ wird häufig in größere verschwörungstheoretische Erzählungen eingebettet, aus denen ein „Angriff“ auf die Bevölkerung konstruiert wird.“ [4]

2. Die AfD stellt für demokratisch denkende Menschen keine (Gesprächs-) Alternative dar

Seit ihrer Gründung 2013, damals als "Anti-Euro-Partei", hat sich die AfD immer weiter radikalisiert. Der zu gemäßigte Lucke wurde 2015 durch Frauke Petry als Parteivorsitzender abgelöst, bis diese selbst zu wenig radikal wurde und 2017 durch Alice Weidel und Alexander Gauland ersetzt wurde. Spätestens seit der Landtagswahl in Thüringen, welche die AfD mit dem faschistischen Spitzenkandidaten des rechten "Flügels", Björn Höcke, bestritt, ist die Dominanz offen rechtsextremer Kräfte in der AfD auch in bürgerlich-konservativen Medien angekommen [5]. Während dieses Radikalisierungsprozesses hat sich insbesondere eine mediale Strategie des Tabubruchs und anschließenden Relativierens als nützlich für die AfD erwiesen. Durch Forderungen nach einem "Schießbefehl" auf geflüchtete

Menschen an den deutschen Grenzen durch Frauke Petry 2015 [6], der Verunglimpfung des Holocaust-Mahnmahls als "Denkmal der Schande" durch Björn Höcke 2017 [7] oder der Bezeichnung des Nationalsozialismus als "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte durch Alexander Gauland 2018 blieb die Partei in den Schlagzeilen und konnte das vorhandene Potential von potentiellen Wähler*innen mit geschlossen rechten Weltbildern [8] bedienen.

Andererseits versucht die Partei sich als "demokratische" und "bürgerliche" Kraft zu profilieren, wie es beispielsweise Alexander Gauland und Björn Höcke als AfD-Spitzenkandidaten in den jeweiligen Wahlstudios nach den Landtagswahlen 2019 taten. Sehr lange wurde von bürgerlichen Parteien versucht, die steigende Zustimmung zur AfD mit einer Übernahme ihrer Positionen zu beantworten. Dies geschah vor der falschen Annahme, bei AfD-Wähler*innen handele es sich vornehmlich um Protestwähler*innen und sozial Abgehängten [9]. Auch medial wurde versucht, mit und über die Positionen der AfD zu diskutieren was sich beispielsweise in einer deutlich überproportionalen Auswahl an Talkshow-Gästen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk äußerte [10]. Infolgedessen wurden aber weder die Positionen der AfD "entlarvt" noch kamen die sogenannten "Protestwähler*innen" zu den Altparteien zurück.

Stattdessen wurden die Themen und Thesen der AfD prominent platziert und beherrsch(t)en die mediale Debatte. Trotz allem gab es durchgehend den demokratischen Konsens, keine Koalitionen oder sonstige Zusammenarbeit mit der AfD zu dulden was vor den

Landtagswahlen 2019 durch die CDU noch einmal bekräftigt wurde [11]. Jedoch ist diese Haltung, keine Zusammenarbeit mit Rechtsaußen, in bürgerlichen Kreisen keine Selbstverständlichkeit. Bei der Geburtstagsfeier der FAZ wurde Alexander Gauland eingeladen [12] und in der CDU mehren sich die Stimmen, die eine Koalition bzw. Zusammenarbeit mit der AfD auf Landesebene fordern [13-17].

In einer solchermaßen polarisierten Stimmung und zu diesem möglicherweise historisch bedeutenden Zeitpunkt halten wir es für eine Pflicht aller demokratischen Kräfte, sich gegen jede Zusammenarbeit mit der AfD auszusprechen. Auch eine Gesprächsbereitschaft nach rechts, und seien es noch so vermeintlich harmlose Themen wie eine Landärzt*innenquote, halten wir für gefährlich und falsch da es die AfD als eine normale Partei darstellt und ihre Thesen als zumindestens diskussionswürdig ausweist. Dabei gehört es jedoch zur Strategie rechter Strukturen, eine Normalisierung als scheinbar bürgerliche Mitte zu erreichen. Dieser gilt es entschieden entgegenzutreten.

3. Sympathien für die AfD sind mit der Arbeit im Gesundheitswesen nicht vereinbar

Immer wieder versucht die AfD ihre Behauptung, dass ein Zusammenhang zwischen geflüchteten Personen und Gesundheitsgefährdung durch übertragbare Krankheiten besteht, zu stärken. Sei es in ihrem Wahlprogramm zur Europawahl im Mai 2019, wo sie einen „biometrischen Gesundheitspass“ für geflüchtete Menschen fordert, in welchen sie personalisierte Informationen über ansteckende

Krankheiten zum „Schutz der einheimischen Bevölkerung“ [18] dokumentieren will oder in Bundestagsanfragen wie beispielsweise die Anfrage über die „Entwicklung mehrerer Krankheiten in Deutschland“ im April 2018 [19], die darauf abzielte, Krankheiten wie HIV, Masern etc. je nach Herkunft der Menschen quantifizieren zu können.

Dies sind offensichtlich rassistische, diskriminierende und stigmatisierende Handlungen, die zudem auf falschen Fakten beruhen: Das Robert-Koch-Institut meldete schon im Januar 2018, dass es „keine erhöhte Infektionsgefährdung der Allgemeinbevölkerung durch Asylsuchende“ [20] gibt.

An anderen Stellen versucht die AfD durch Bundestagsanfragen eine Beziehung zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und schwerbehinderten Menschen [21], [22] oder der erhöhten Säuglingssterblichkeit [23] in bestimmten Stadtteilen herzustellen, in dem sie ihr Fortpflanzungsverhalten („Verwandtschaftsehen“, „Inzucht“) kommentiert und es als ursächlich für leicht gestiegene Zahlen an schwerbehinderten Personen sieht. Faktisch sind nur 3,8% aller Schwerbehinderungen angeboren und nur ein kleiner Teil davon, wird durch eine spezifische genetische Krankheit verursacht.

Dies erinnert in einer perfiden Weise an die Euthanasie in der NS-Zeit, in welchem sich die Nationalsozialisten darüber erhoben, in ihrer Sicht "lebensunwertes Leben" zu vernichten. Wieder einmal werden Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit einer Behinderung von der AfD stigmatisiert. Um diesem noch eine Krönung zu geben, gab es im August 2019 wieder eine Bundestagsanfrage der AfD, in dem sie ihre rassistischen Überzeugungen offenlegte: von der

Bundesregierung soll dargelegt werden, wie psychische Erkrankungen bei Migrant*innen zu volks-wirtschaftlichen Verlusten der BRD durch verfrühten Zugang zur Erwerbsminderungsrente führen [24].

In einem Kommentar im Deutschen Ärzteblatt wurde die Kontinuität zur NS-Vergangenheit verdeutlicht. Schon im III. Reich haben „Nazis [...] ihre Vernichtungsaktionen mit Plakaten von „unnützen Essern“ [propagierten], die nicht in den „gesunden Volkskörper“ passten. Kein Mensch darf Nützlichkeitsabwägungen unterworfen werden – niemals mehr“ [25]. Auch aus gesundheitspolitischer Sicht halten wir die dargestellten Positionen der AfD für nicht hinnehmbar. Diese führen die Genfer Deklaration, eine moderne Version des hippokratischen Eides, welche in die Präambel der deutschen Berufsordnung für Ärzt*innen übernommen wurde [26], ad absurdum. Dort heißt es "Ich werde nicht zulassen, dass Erwägungen von Alter, Krankheit, oder Behinderung, Glaube, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, politischer Zugehörigkeit, Rasse, sexueller Orientierung, sozialer Stellung oder jeglicher anderer Faktoren zwischen meine Pflichten und meine Patientin oder meinen Patienten treten." [ebd.] Dieser Punkt ist für uns nicht verhandelbar und Gespräche mit politischen Parteien oder auch Einzelpersonen, welche diesen zentralen Punkt der medizinischen Ethik offenkundig nicht anerkennen, sind für uns weder zielführend noch akzeptabel.

4. Die Rolle der deutschen Ärzt*innenschaft im III. Reich muss uns eine Mahnung sein

Kein Thesenpapier zur AfD kommt ohne geschichtliche Einordnung und Vergleich mit dem Nationalsozialismus aus. Björn Höcke ruft offen dazu auf, die Erinnerungskultur in diesem Land an die schlimmsten Verbrechen in der Geschichte der Menschheit, aus denen zwangsläufig eine kollektive Schuld und vor allem Verantwortung resultiert, zu unterbinden (s.o.). Die auf rechten und AfD-nahen Demonstrationen häufig zu hörende Beschimpfung einer angeblichen "Lügenpresse" und die damit einhergehende ablehnende Haltung gegenüber der Pressefreiheit wurde auch in Hitlers "Mein Kampf" und in der NSDAP-Propaganda benutzt [27]. Der Parteivorsitzende Alexander Gauland forderte, man müsse wieder "stolz" sein auf die "Leistungen deutscher Soldaten in 2 Weltkriegen" [28].

Zwar versucht die AfD, den Antisemitismus als Problem der muslimischen Minderheit darzustellen, doch gibt es zahlreiche "Einzelfälle" von antisemitischen Aussagen von AfD-Funktionär*innen und der Zentralrat der Juden in Deutschland hält fest, dass die zunehmende Unsicherheit für jüdisches Leben – die kürzlich durch den Mordanschlag in Halle erneut verdeutlicht wurde – in Deutschland auch und vor allem an der AfD liegt [29] [30]. Die Liste an Relativierungen des NS-Regimes durch AfD-Funktionär*innen sowie Belege für die Kontinuität des verwendeten Vokabulars und Ideologie ließe sich noch lange fortsetzen.

Doch unser Blick muss auch auf uns gerichtet werden: Auch wir Mediziner*innen müssen aus der

Geschichte lernen. Diese Erkenntnis kam der deutschen Ärzt*innenschaft leider erst reichlich spät. 1980 fand in Berlin der Gesundheitstag unter dem Motto "Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit – Ungebrochene Tradition?" [31] als Gegenveranstaltung zum 83. deutschen Ärztetag statt. Letzterer wurde vom Präsidenten der Berliner Ärztekammer und ehemaligen SA-Standartenführer Wilhelm Heim eröffnet [32] [33]. Als 1986 im Lancet eine Untersuchung zur Mitarbeit der deutschen Ärzteschaft am organisierten Massenmord im III. Reich veröffentlicht wurde, ließ die Reaktion nicht lange auf sich warten.

Der Autor des Lancet-Artikels wurde aus der Mitgliederliste seiner Bezirksärztekammer gestrichen und konnte nicht mehr am ärztlichen Notdienst teilnehmen – Verdienstverlust ca. 60 000 DM pro Jahr [34]. Im Deutschen Ärzteblatt wurde der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, mit der geschichtlich nicht haltbaren Aussage zitiert, dass sich ein Großteil der Ärzt*innen auch "im Dritten Reich selbstlos für eine auch unter schwierigsten Bedingungen möglichst gute Versorgung der Patienten eingesetzt [hätte], oft unter der Gefahr für das eigene Leben [ebd.].

Auf dem 90. Deutschen Ärztetag in Karlsruhe 1987 wurde, gegen den Widerstand der alten NS-Seilschaften in den Standesvertretungen, durchgesetzt, dass sich der Vorstand der Bundesärztekammer mit dem Themenkomplex "Medizin und Nationalsozialismus" auseinandersetzen habe [35].

Es sollte jedoch noch bis 2012 dauern, bis die Ärzteschaft in der Nürnberger Erklärung ihre wesentliche Mitverantwortung für die Gräueltaten eingestand, sich von ihrer Vergangenheit distanzierte und ihre Opfer um

Verzeihung bat [ebd.]. In welchem Ausmaß und mit welchen weitreichenden Konsequenzen sich Ärzt*innen dem Nationalsozialismus anschlossen, kann an dieser Stelle natürlich nicht einmal ansatzweise aufgezählt werden.

Doch eines ist sicher: Ärztliches Selbstverständnis, medizinische Ethik, hippokratischer Eid, gehobenes Bildungsniveau usw. haben sich keineswegs als Bollwerk gegen die NS-Ideologie erwiesen, von echtem Widerstand ganz zu schweigen.

Im Gegenteil wurde unter dem Deckmantel der Wissenschaft die Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie beispielsweise die Euthanasie-Programme gerechtfertigt. Bis zu 45% der Ärzt*innen waren Mitglieder in der NSDAP, was mit dem lange und bewusst verbreiteten Irrglauben, nur eine kleine Minderheit hätte sich dem Nationalsozialismus zugewandt, nicht zu vereinbaren ist [35]. Doch bis heute ist die Aufarbeitung des III. Reiches nicht abgeschlossen, auch heute noch wird in der Uniklinik Freiburg des Chirurgen Erich Lexer, seines Zeichens glühender Nationalsozialist, gehuldigt. Die Umbenennung der Erich-Lexer-Klinik wird abgelehnt, auf einer Gedenktafel im Klinikum auf die NS-Vergangenheit nicht einmal hingewiesen [36].

Die Folgen dieser Ideologie für die Medizin sind – auch wenn sie lange erfolgreich und aktiv verschwiegen wurden – uns immer wieder klar und deutlich vor Augen zu führen: Euthanasie, Zwangssterilisation, "medizinische" Experimente an KZ-Insass*innen bis hin zum Massenmord auf der Grundlage eines vermeintlich wissenschaftlichen Rassismus. Gerade wir als Mediziner*innen müssen Konsequenzen aus unserer wenig ruhmreichen Geschichte ziehen.

Es ist an uns, als angehende Mediziner*innen Haltung zu zeigen, uns aktiv gegen jede Form von Diskriminierung auszusprechen und unsere gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Wir behandeln die sich uns anvertrauenden Patient*innen nach bestem Wissen und Gewissen. Wer von einer Ungleichheit ausgeht, auch wenn diese als „Kulturen“ umschrieben werden, kann für uns nur politischer Gegner und kein*e Gesprächspartner*in sein.

Literaturverzeichnis

- [1] <https://taz.de/Rechtsextremismus-und-AfD/!5644312/>
- [2] https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2019/08/Demokratie_in_Gefahr_A2.pdf
- [3] https://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Die-AfD-tritt-das-Erbe-der-NPD-anarticle20296136.html
- [4] https://www.frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefaehrderung.pdf
- [5] <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-uebernimmt-der-rechte-fluegel-daskommando-16392665.html>
- [6] <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/petry-fordert-notfalls-schusswaffen-einsatzgegen-fluechtlinge-an-der-grenze-a-1074816.html>
- [7] <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-einestotal-besiegten-volkes/19273518.html>
- [8] <https://taz.de/Neue-Heitmeyer-Studie/!5131105/>
- [9] https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.595120.de/diw_sp0975.pdf
- [10] <https://taz.de/AfD-Politiker-in-Talkshows/!5307501/>
- [11] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/landtagswahl-thueringen-mikemohring-cdu-die-linke-koalition>
- [12] <https://twitter.com/jreichelt/status/1190041282820943874?s=20>
- [13] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article202580392/Thueringen-Wahl-CDUFraktionsvize-kann-sich-Kooperation-mit-AfD-vorstellen.html>
- [14] <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/magdeburg/boerde/zusammenarbeit-cdu-afdeilsleben-beendet-100.html>
- [15] <https://haskala.de/2019/06/13/cdu-bricht-versprechen-und-beginnt-zusammenarbeitmit-afd-auf-kommunaler-ebene-in-thueringen/>
- [16] <https://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-die-vorgaben-der-partiezentrale-so-haeufigkooperieren-cdu-und-afd-in-ostdeutschen-kommunen/25019576.html>
- [17] <https://www.wa.de/politik/ard-doku-deckt-auf-cdu-koaliert-mit-afd-rechtsextremisten-zr-12995361.html>
- [18] https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf (S. 59 ff.)
- [19] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901640.pdf>
- [20] https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GesundAZ/Content/A/Asylsuchende/Inhalt/meldepflichtige_Infektionskrankheiten_bei_Asylsuchenden.pdf?__blob=publicationFile
- [21] <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/016/1901623.pdf>
- [22] <https://www.bvoegd.de/unantastbarkeit/>
- [23] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/102/1910206.pdf> // <http://scienceblogs.de/gesundheits-check/2019/06/12/neue-afd-serie-teil-2-afdverharmlorstisikofaktoren-der-saeuglingssterblichkeit/>
- [24] <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/122/1912218.pdf>
- [25] <https://www.aerzteblatt.de/archiv/209674/Randnotiz-Frage-nach-der-Nuetzlichkeit>
- [26] https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/downloads/pdf-Ordner/MBO/MBO_02.07.2015.pdf
- [27] <https://www.diepresse.com/4628933/lugenpresse-ein-neuer-alter-kampfpruf>
- [28] <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-alexander-gauland-relativiert-verbrechen-der-wehrmacht-15199412.html>
- [29] <https://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-167.html>
- [30] <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/afd-antisemiten-finden-durchlass/>
- [31] <https://gbp.vdaae.de/index.php/157-2015/2015-4/1191-gbp-4-2016-ellis-huber>
- [32] <https://cdn.aerzteblatt.de/pdf/77/14/a904.pdf>
- [33] <https://www.zeit.de/1992/10/gnade-der-spaeten-vergebung>
- [34] <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13527109.html>
- [35] <https://www.aerzteblatt.de/archiv/3607/Der-Arzt-im-Nationalsozialismus-Der-Weg-zum-Nuernberger-Aerzteprozess-und-die-Folgerungen-daraus>
- [36] <https://www.badische-zeitung.de/der-chirurg-erich-lexer-war-ein-arzt-im-dienste-desns-regimes—129362180.ht>